



holzbaureport

6
Juni
2006

Ausgabe A
ISSN 0723-4856
B 4894 E

Mitteilungen der Verbände des Bayerischen Zimmerer- und Holzbaugewerbes

Thema des Monats

50 Jahre ist es jetzt her, dass die ersten „Gastarbeiter“ aus Italien nach Deutschland kamen. Die Wortwahl „Gastarbeiter“ ist irreführend. Ein Gast reist typischerweise nach einiger Zeit von selbst wieder ab und wird nicht in Baracken beherbergt. Da jedoch der Begriff „Fremdarbeiter“ aus der Nazizeit negativ besetzt war, musste damals ein unbelastetes Wort erfunden werden.

Man gab sich der Illusion hin, dass die „Gastarbeiter“ nach getaner Arbeit wieder nach Hause ziehen würden und glaubte, eine „Rotation“ in Gang setzen zu können. Doch die Arbeit wurde nicht weniger, und die Arbeitgeber sahen keinen Sinn darin, gute Kräfte nach Hause zu schicken, um anschließend neue anlernen zu müssen. Ab 1960 gestattete man den Familiennachzug.

Als 1973 im Angesicht der ersten Ölkrise schließlich die „Grenzen des Wachstums“ in Sichtweite rückten, verhängte die Bundesregierung einen Anwerbestopp. Rund vier Millionen „Gastarbeiter“ und Angehörige lebten damals im „Closed Shop“ der westdeutschen Länder.

Der Zuzug von Nicht-EU-Ausländern speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Nachziehende Familienangehörige, Kriegsflüchtlinge, Asylbewerber, Gaststudenten und deutschstämmige Spätaussiedler aus Osteuropa; letztere haben praktisch Anspruch auf Einbürgerung.

Bei Menschen mit ausländischen Wurzeln, die mitunter hier Jahrzehnte leben, oftmals hier geboren wurden und selbst Kinder haben, tut man sich zunehmend schwerer, sie als „Ausländer“ zu kategorisieren. Daher wurde der hübsch-hässliche Begriff „Menschen mit Migrati-

Integration durch Bildung

„Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.“ Max Frisch, Schweizer Literat (1911 - 1991).

onshintergrund“ erfunden. Die Debatte wird dadurch nicht einfacher, und auch Parallelgesellschaften werden dadurch nicht aufgelöst.

Es rächt sich, dass Generationen von Politikern – mit wenigen Ausnahmen – vor dem Phänomen die Augen verschlossen haben. „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“, lautete eine der beschwichtigenden Politparolen, die deutliche Parallelen zu „Die Rente ist sicher!“ aufweist. Nun gilt es, mit dem Gegenteil klarzukommen.

Seit 1. Januar 2005 haben wir ein Zuwanderungsgesetz, das verschiedene Modi des Aufenthaltsstatus neu definiert und Einbürgerungswilligen den Besuch von Integrationskursen auferlegt. Die Innenminister der Länder haben sich kürzlich auf einheitliche Standards für die Einbürgerung geeinigt. Für die Integration hier lebender Ausländer bedeutet das lediglich einen Tropfen auf den heißen Stein. Von den knapp 7,3 Millionen Ausländern sind 2004 nur rund 127.000, das sind gerade mal 1,7 %, eingebürgert worden.

Die „gefühlte Überfremdung“, so zeigt sich immer wieder, ist gerade dort besonders hoch, wo die Ausländerquote niedrig ist – in den östlichen Bundesländern (s. Info-Grafik).

Mit besonderer Sorge verfolgt die Polizei die Entwicklung von Gewaltdelikten. Es gibt spektakuläre Einzelfälle sehr gegensätzlicher

Natur: Auf der einen Seite „Ehrenmorde“ unter der muslimischen Bevölkerung. Auf anderen Seiten fremdenfeindliche Taten Deutscher gegen „fremd“ aussehende Mitbürger. Und irgendwo dazwischen wuselt die „Russenmafia“.

Ein Sicherheitsbericht der Bundesministerien des Innern und der Justiz zeigt auf, dass über alle Unterschiede hinweg mangelnde Schulbildung und daraus herrührende fehlende Berufsaussichten in erster Linie männliche Jugendliche zu Tätern werden lässt. Alles läuft darauf hinaus: Integration ist eine Frage von Bildung.

